

## Kulturressort bleibt in Potsdam

### Schüle sagt Umzug des Ministeriums ab

POTSDAM - Der umstrittene geplante Umzug des Brandenburger Wissenschafts- und Kulturministeriums nach Cottbus kommt mit der neuen rot-schwarz-grünen Landesregierung nicht. Man müsse nicht mit einem ganzen Ministerium umziehen, um in der Region ansprechbar zu sein, sagte die zuständige Ressortchefin Manja Schüle (SPD) in der rbb-Sendung „Brandenburg aktuell“ am Samstagabend.

## Cottbus drängt nun auf Hochschule für Medizin

Die Stadt Cottbus äußerte sich enttäuscht. Im April hatte das Kabinett der damaligen rot-roten Landesregierung beschlossen, dass erstmals mit dem Wissenschaftsministerium ein Ressort aus der Landeshauptstadt Potsdam in eine andere Stadt verlegt werden soll. Es sollte ein Signal für die Lausitz sein, die vom Ausstieg aus der Braunkohle betroffen ist.

Es stehe nun die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Politik und von Kabinettsbeschlüssen, sagte Jan Gloßmann, Sprecher der Stadt Cottbus. Ankündigungen sollten umgesetzt werden. Es sei für die Region zwingend notwendig, dass - wie geplant - die Medizinische Hochschulausbildung in Cottbus aufgebaut werde.

„Die Entscheidung von Frau Schüle ist richtig und ich unterstütze sie ausdrücklich“, sagte Sebastian Walter, Linken-Fraktionschef im Landtag. Nichtsdestotrotz müsse die Landesregierung in der Fläche vertreten sein. „Dafür brauchen wir sinnvolle und langfristige Pläne, die gilt es zu entwickeln“, sagte er.

Ein Neubau sollte in Cottbus 2023 bereitstehen. 150 Mitarbeiter wären vom Umzug betroffen gewesen. Die Kosten waren mit etwa bis zu 15 Millionen Euro angegeben. In der Region Lausitz hatte man den Plan begrüßt. Heftigen Widerstand hatte es aber auch von der Gewerkschaft Verdi, dem Personalrat sowie von den damaligen Oppositionsparteien CDU und Grüne und schließlich von der Stadt Potsdam gegeben, die ein Ministerium verloren hätte.

Mit der Landtagswahl am 1. September und der neuen rot-schwarz-grünen Landesregierung gibt es nun eine andere Entscheidung. SPD, CDU und Grüne vereinbarten im Koalitionsvertrag, dass alle Ministerien - auch das Wissenschaftsministerium - in Potsdam bleiben, sagte Regierungssprecher Florian Engels am Sonntag. Es könne jedoch wie bisher Außenstellen geben. Wie es mit der Stabsstelle des Wissenschafts- und Kulturministeriums sein werde, berate die Landesregierung.

Ministerin Schüle sagte, dass der Strukturwandel für ihr Ministerium trotzdem hohe Priorität habe. Ihr Haus werde mehrere Forschungseinrichtungen in der Region ansiedeln und in die Kultur investieren. Ihren ersten offiziellen Besuch als Ministerin werde sie an der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg machen.

GUÐRUN JANICKE (DPA)

## NACHRICHTEN

### Klima-Proteste in der Lausitz

COTTBUS/LEIPZIG - Am weltweiten Klima-Aktionstag der Bewegung „Fridays for Future“ sollen in der Lausitz am Freitag erneut mehrtägige Proteste gegen den Braunkohleabbau starten. Nach sogenannten Aktionstrainings am Freitag sei am Samstag eine „Massenaktion“ zur Blockade des Kohlerevierts zwischen Berlin und Leipzig geplant, kündigte die Protestgruppe „Ende Gelände“ an. Ziel sei der sofortige Kohleausstieg, „für Klimagerechtigkeit“. Für die diesjährigen Proteste sei kein zentrales Camp, sondern ein „dezentrales Anreizekonzept“ geplant, hieß es. Die Aktion solle ein „Dreiklang aus einer Massenaktion zivilen Ungehorsams, einer niederschweligen Aktion zivilen Ungehorsams und einer angemeldeten Demonstration“ werden. Die Demonstration unter dem Motto „Kohle stoppen - Dörfer retten“ soll nach Angaben des Umweltverbandes BUND am Samstag neben dem Braunkohlekraftwerk Jämschwalde in Brandenburg starten. **epd**

### Mordverdächtiger in JVA gestorben

POTSDAM - Ein 50 Jahre alter Mordverdächtiger hat sich offenbar in der Untersuchungshaft in der JVA Neuruppin das Leben genommen. Der Tote sei am Donnerstag in seiner Zelle tot entdeckt worden, sagte eine Sprecherin des Lagedienstes des Brandenburger Polizeipräsidiums am Samstag auf Anfrage. Zunächst hatte die „B.Z.“ berichtet, dass der Mann, gegen den die Anklage wegen Mordes erhoben worden war, tot ist. Er soll im März seine Ex-Frau aus der Wohnung in Zossen gelockt haben. Seitdem ist sie verschwunden. **dpa**

# Kritik an Ludwigs Doppelmandatsplänen

Auch in der CDU gibt es Zweifel an einem gleichzeitigen Einsatz im Bundes- und Landtag. Stübgen gibt Mandat im Dezember ab

VON MARION KAUFMANN

POTSDAM - Die Ankündigung der Brandenburger CDU-Landtagsabgeordneten Saskia Ludwig in einem PNN-Interview, neben ihrem Landtags-gleichzeitig das Bundestagsmandat ausüben zu wollen, sorgt auch innerparteilich für Kritik. „Ich halte ein Doppelmandat nicht für gut“, sagte CDU-Landesgeschäftsführer Gordon Hoffmann am Sonntag den PNN. „Barnim und Uckermark sind im Landtag bisher überhaupt nicht vertreten. Deshalb wird sich dort die Freude bei den Mitgliedern in Grenzen halten.“ Nachrücker für Ludwig im Landtag wäre der CDU-Kreisvorsitzende von Barnim, Danko Jur.

Den Mitgliedern sei es schwer zu vermitteln, wenn einzelne Personen anfangen, berufspolitische Mandate anzuhäufen, sagt auch der Bundestagsabgeordnete Sebastian Steineke aus Neuruppin, der Mitglied des Präsidiums und Mitgliederbeauftragter der märkischen CDU ist. Der Nordosten Brandenburgs sei im Landtag CDU-seitig unterrepräsentiert. „Für die Stärke der Union ist es jedoch unerlässlich, in allen Regionen Ansprechpartner vor Ort zu haben“, so Steineke. Die regierungsbedingten Veränderungen böten nun die Chance, die CDU in der gesamten Fläche stärker aufzustellen. „Ich würde mir wünschen, dass Saskia Ludwig diese Aspekte neben ihren eigenen Interessen stärker berücksichtigt und in sich geht.“

Aber Saskia Ludwig will ihr Landtagsmandat gleich zu Beginn der neuen Legislatur nicht zugunsten des Bundestags aufgeben, das sie als Nachrückerin für den neuen Brandenburger Innenminister Michael Stübgen antritt. „Es ist eine pragmatische Lösung, um die Wähler, die mich

in meinem Wahlkreis in Potsdam und Potsdam-Mittelmark gewählt haben, weiter zu vertreten“, sagte sie im Interview mit den PNN. Ein Doppelmandat sei zwar zeitlich eine große Belastung, aber nur für einen überschaubaren Zeitraum, betonte die CDU-Kreischefin von Potsdam-Mittelmark. Das Bundestagsmandat endet in 18 Monaten.



Saskia Ludwig

Der neue Brandenburger CDU-Chef Michael Stübgen wird sein Bundestagsmandat nach seiner Ernennung zum Innenminister am vergangenen Mittwoch aufgeben. Am 2. Dezember sei deshalb ein Treffen mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble geplant, sagte CDU-Landesgeschäftsführer

Gordon Hoffmann. Stübgen wurde bei der Bundestagswahl 2017 im Wahlkreis Elbe-Elster/Oberspreewald-Lausitz II erneut direkt gewählt. Stübgen gehört dem Bundestag seit 1990 an. Würde Saskia Ludwig auf das Bundestagsmandat verzichten, könnte der Kulturwissenschaftler Michael Möckel aus Frankfurt (Oder) den Platz für die CDU einnehmen.

Rein rechtlich ist es möglich, ein Doppelmandat auszuüben. Allerdings empfiehlt die CDU ihren Mitgliedern, darauf zu verzichten. In einem Beschluss des CDU-Bundesparteitages 2018 in Hamburg heißt es: „Viele Parteimitglieder streben ein Mandat an, um aktiv die Rahmenbedingungen unseres Zusammenlebens mitgestalten zu können. Die Verantwortung für unser Land sollte dabei auf möglichst viele Schultern verteilt werden. Die CDU Deutschland spricht sich dafür

aus, Doppelmandate - im Deutschen Bundestag und in einem Landesparlament - zu vermeiden.“

Auch in den sozialen Netzwerken gibt es Kritik an den Plänen Ludwigs. „Wer sein Mandat ernst nimmt, der schafft nur eins“, schreibt ein Nutzer bei Twitter. Zudem wird der Potsdamerin vorgeworfen, doppelte Diäten abzugreifen. Das ist aber nicht zutreffend, wie Ludwig im PNN-Interview erklärte. Die Diäten würden miteinander verrechnet.

Die steuerpflichtige Abgeordnetenentschädigung im Deutschen Bundestag beträgt nach einer Erhöhung seit dem 1. Juli 2019 nun 10 083,45 Euro. Landtagsabgeordnete in Brandenburg erhalten derzeit 8388 Euro pro Monat. Dazu kommen noch Zahlungen für die Altersabsicherung und, wenn nötig, die Anmietung von Büros. **(mit axf, thm)**

## Von A wie Adventskranz bis Z wie Zweige



Was Weihnachten ausmacht. Das Museum Viadrina in Frankfurt (Oder) zeigt in seiner diesjährigen Adventsausstellung ein „ABC der Weihnachtszeit“. Zu sehen sind unter anderem Schlittschuhe aus den 1960er-Jahren und Handschuhe sowie eine Wärmflasche aus den 1920er-Jahren. Unter dem Buchstaben „D“ geht es um den Filmklassiker „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“. Die Ausstellung wird an diesem Donnerstag eröffnet und ist bis zum 9. Februar 2020 zu sehen.

Foto: Patrick Pleul/dpa

## „Viele sehen die Schuld bei sich“

Seit Jahren steigt die Zahl der registrierten Fälle von Gewalt in der Familie. Opfer sind größtenteils Frauen, die Täter meist Männer. Doch inzwischen wagen Betroffene häufiger den Gang zur Polizei

FÜRSTENWALDE/POTSDAM - Er kontrollierte immer wieder die Wohnung, schaute in Schränke, ob alles ordentlich sei. War es das nicht, wurde der Mann aggressiv und warf mit Gegenständen: Kerzen, Aschenbecher, dann war es ein Kindersitz. Marita U. erlitt einen Nervenzusammenbruch. Die junge Frau aus Brandenburg trennte sich von ihrem Lebensgefährten. Doch dann fing der Stress erst richtig an. Die psychische Gewalt gipfelte am ersten Geburtstag ihres Sohnes in einem körperlichen Angriff. „Er nahm mich in den Schwitzkasten, spuckte mich an, drückte mich auf den Boden und drohte, mir die Arme zu brechen“, erinnert sich Marita U. Ihr richtiger Name soll zu ihrem Schutz nicht in der Zeitung stehen.

Die junge Mutter gab sich selbst die Schuld. Erst in einer mehrjährigen Therapie wurde ihr klar, dass das nicht stimmt. Nach einem Aufenthalt in einem psychotherapeutischen Krankenhaus kommt Marita U. in ein brandenburgisches Frauenhaus. „Ich wurde dort mit offenen Armen empfangen“, erinnert sich die Mutter. Die Mitarbeiterinnen hätten sie zurück ins Leben geführt, ihr dabei geholfen, eine Wohnung zu finden und einen Sorgerechtsstreit vor Gericht zu beginnen.

„Viele Betroffene sehen die Schuld bei sich“, sagt Uta Meissner vom Frauenhaus Fürstentale (Landkreis Oder-Spree). „Wenn eine Frau über Jahre klein gemacht wurde, ist ihr Selbstbewusstsein auf dem Tiefpunkt.“ In der Fürstentale Einrichtung stehen neun Plätze für Frauen und ihre Kinder bereit. Derzeit leben dort aber zwölf Menschen: vier Frauen mit jeweils zwei Kindern. „Wir sind immer voll. Das ist traurig“, sagt Marita U., die inzwischen nicht mehr als Bewohnerin, sondern als ehrenamtliche Mitarbeiterin im Haus hilft.

21 Frauenhäuser und Schutzwohnungen mit insgesamt 287 Plätzen gibt es derzeit in Brandenburg. Die Istanbul-Konvention, die Deutschland im Oktober 2017 unterzeichnet hat, setzt einen Min-

destandard von einem Familienplatz im Frauenhaus pro 10 000 Einwohner voraus. Nach der Berechnung benötigt Brandenburg 648 Betten. Mit dem Defizit von 361 Betten liege das Land im unteren Mittelfeld, sagt Sylvia Haller von der Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser (ZIF). Deutschlandweit fehlen nach ZIF-Angaben 15 021 Betten.

Im vergangenen Jahr nahmen die Frauenhäuser in Brandenburg 540 Frauen auf, wie sich aus einer Antwort der Landesregierung auf eine parlamentarische Anfrage ergibt. Hinzu kamen 690 Kinder. Im Jahr 2017 waren es 512 Frauen und 625 Kinder. Damals mussten 378 Frauen aus Platzmangel abgewiesen werden. Aktuellere Zahlen dazu liegen noch nicht vor.

Auch aus Sicht des Netzwerks der brandenburgischen Frauenhäuser ist die Anzahl der Plätze nicht ausreichend. Um Frauen und Kinder verbindlich und nachhaltig zu schützen, bedarf es einer gesetzlichen Regelung zur Frauenhausfinanzierung mit einheitlichen Vorgaben zu Personalschlüssel, Qualifizierung und Einstufungen, findet Vorstandsfräule Catrin Seeger. Derzeit werden die Häuser aus Landesmitteln, kommunalen Zuwendungen, unterschiedlich hohen Tagessätzen der

betroffenen und Vereinspenden finanziert.

Die neue rot-schwarz-schwarze Landesregierung hat im Koalitionsvertrag festgelegt, Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder entschlossen zu bekämpfen. Dazu soll die Istanbul-Konvention umgesetzt werden. Auch will die Koalition sich dafür einsetzen, dass Geld aus Investitionsprogrammen des Bundes baulichen Maßnahmen in Frauenschutzeinrichtungen zugutekommen.

Im vergangenen Jahr wurden nach der Lagedarstellung häusliche Gewalt des Landeskriminalamtes in Brandenburg 3131 Frauen und Mädchen registriert, die geschlagen, angegriffen, bedroht oder sexuell genötigt oder missbraucht wurden. Die Zahl nahm damit gegenüber dem Vorjahr um 117 Opfer zu. Bei 2140 der weiblichen Opfer war der Täter laut Statistik der Ehemann, ein Partner oder Ex-Partner. Insgesamt stieg die Zahl der registrierten Opfer im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt im Jahr 2018 um mehr als sechs Prozent (2018: 4258, 2017: 3997). Rund ein Viertel der Opfer waren Männer beziehungsweise männliche Kinder und Jugendliche (1202).

Frauenhausleiterin Meissner glaubt,

dass die steigenden Zahlen auch daran liegen, dass das Thema häusliche Gewalt mehr in den Fokus der Öffentlichkeit rückt und mehr Frauen den Gang zur Polizei wagen. Das sei auch gut so. „Wenn ein Mann seine Frau schlägt, ist das keine Privatsache mehr.“

Ihren Eindruck teilt auch Nora Semerad, eine von insgesamt 40 Opferschutzbeauftragten der brandenburgischen Polizei. Die Beamten werden im Umgang mit häuslicher Gewalt geschult. Semerad rät Betroffenen wie auch Angehörigen: „Sprechen Sie das Thema an.“ Am besten sollte man sich jemandem anvertrauen, mit dem man gut kann.

Betroffene sollten unbedingt zum Arzt gehen, um Verletzungen zu dokumentieren. In Brandenburg gibt es vier Krankenhäuser in Potsdam, Frankfurt (Oder), Neuruppin und Cottbus, in denen Opfer sexueller Gewalt vertraulich Spuren sichern können. Die Ergebnisse werden für drei Jahre aufbewahrt, für den Fall, dass sich die oder der Betroffene entscheidet, Anzeige zu erstatten.

„Schalten Sie die Polizei ein“, rät Semerad. Polizisten können eine zehntägige Wohnungsverweisung aussprechen - egal, wem die Wohnung gehört oder wer im Mietvertrag steht. In dieser Zeit können Betroffene zum Familiengericht gehen und eine Wohnungsüberlassung oder ein Kontaktverbot erwirken. Psychosoziale Prozessberater unterstützen vor, während und nach dem Gang zum Gericht. Opferverbände wie der Weiße Ring helfen bei der Vermittlung. Am heutigen Montag will die Polizei anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen mit verschiedenen Aktionen auf das Thema sensibilisieren.

Die Beziehung mit ihrem gewalttätigen Ex-Partner ist bei Marita U. nun zwei Jahre her. Doch es belastet sie bis heute. Auch, weil sie weiter mit dem Vater ihres Sohnes Kontakt halten muss. Mit ihm teilt sie sich das Sorgerecht. Mit Hilfe einer Therapie versucht Marita U. Stabilität in ihr Leben zu bringen.

ANNA KRISTINA BÜCKMANN (DPA)



Opfer. Im vergangenen Jahr wurden in Brandenburg mehr als 3100 Mädchen und Frauen registriert, die geschlagen, angegriffen, bedroht oder sexuell missbraucht wurden.

Foto: S. Kembowski/dpa

## Mann von Achterbahn überrollt

Toter auf einem Berliner Weihnachtsmarkt

BERLIN - Auf einem Berliner Weihnachtsmarkt ist am Samstagabend ein Mann von einem Achterbahn-Waggon überrollt worden und gestorben. Er sei nach ersten Erkenntnissen ein Mitarbeiter der Achterbahn gewesen, die an der Landsberger Allee aufgebaut ist, sagte Feuerwehrsprecher Jens-Peter Wilke. Der Mann sei unter dem Waggon herausgezogen worden, Wiederbelebungsversuche seien erfolglos geblieben. Bereits kurz nach dem Unglück hatte die Polizei gebeten, sich aus Gründen der Pietät nicht an Spekulationen zu beteiligen. Die Beamten nahmen Ermittlungen auf, gingen aber schon kurz nach dem Vorfall nicht von einer Straftat aus. Nach bisherigen Ermittlungen handelt es sich um einen Suizid, wie eine Sprecherin am Sonntag sagte. Die vier Menschen, die in dem Waggon saßen, seien psychologisch betreut worden. Die offizielle Eröffnung der Berliner Weihnachtsmärkte findet an diesem Montag statt. Traditionell beginnen die Märkte, die oft nicht nur Weihnachtsliche verkaufen, sondern auch mit Rummelgeschäften Leute anlocken, erst nach dem Totensonntag.

Erst am 29. September dieses Jahres war es in Potsdam zu einem Todesfall auf einem Rummelplatz gekommen. Beim Anfahren des Karussells „Playball“ auf dem Festplatz im Lustgarten war eine 29 Jahre alte Helferin des Fahrgeschäfts, die noch auf der Plattform stand, in die Tiefe geschleudert worden. Die Rumänin starb noch an der Unfallstelle, ihr Freund, der ebenfalls dort arbeitete, erlebte alles mit. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung gegen eine Mitarbeiterin, die das Karussell gesteuert haben soll (PNN berichteten). Die Ermittlungen dauern an. **dpa/Kix**

ANZEIGE

**MONTAG BIS FREITAG  
VON 6 BIS 10 UHR**

**Ihr Lieblings-Frühstücksradio  
Die Dennis King Show**

**RADIO  
BHeins**

**UKW 95.3    bheins.de    App**

— Haben Sie dunkle Gedanken? Wenn es Ihnen nicht gut geht oder Sie daran denken, sich das Leben zu nehmen, versuchen Sie, mit anderen Menschen darüber zu sprechen. Das können Freunde oder Verwandte sein. Es gibt aber auch eine Vielzahl von Hilfsangeboten, bei denen Sie sich melden können. Die Telefonseelsorge ist anonym, kostenlos und rund um die Uhr erreichbar. Die Telefonnummern sind 0800/111 0 111 und 0800/111 0 222. Außerdem gibt es eine E-Mail-Beratung. Die Anmeldung erfolgt - anonym und kostenlos - auf der Webseite. Informationen finden Sie unter: [www.telefonseelsorge.de](http://www.telefonseelsorge.de).